

Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 18/2588, 18/2840 —**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Internen Abkommen vom 24. Juni 2013
zwischen den im Rat vereinigten Vertretern
der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union
über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen
für den Zeitraum 2014 bis 2020
vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union
im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens
und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die
überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags
über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet
(Internes Abkommen)**

Bericht der Abgeordneten Volkmar Klein, Sonja Steffen, Michael Leutert und Anja Hajduk

Mit diesem Gesetzentwurf sollen die von deutscher Seite erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Internen Abkommens nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes und für die Einrichtung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) geschaffen werden.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am 11. EEF beträgt 20,5798 Prozent bzw. 6 278 073 788 Euro. Die nationalen Beiträge werden zu je drei Tranchen pro Jahr nach Bedarfsanmeldungen der Europäischen Kommission und darauf basierenden, mit qualifizierter Mehrheit angenommenen EU-Ratsbeschlüssen abgerufen.

Erfüllungsaufwand

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner. Der Vollzug der Finanzhilfe obliegt der Europäischen Kommission.

Weitere Kosten

Keine.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 8. Oktober 2014

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch
Vorsitzende

Volkmar Klein
Berichterstatter

Sonja Steffen
Berichterstatterin

Michael Leutert
Berichterstatter

Anja Hajduk
Berichterstatterin